

Stellungnahme der Helmholtz-Gemeinschaft zur Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zum Thema „Auswirkungen der Energiekrise auf das deutsche Wissenschaftssystem sowie Ausgestaltung von staatlichen Entlastungsmaßnahmen“ am 30.11.2022

Durch Reduzierung von Unsicherheiten den Blick für die Möglichkeiten schärfen

Kurzfristige Finanzhilfen: Sicherheit bei Energieversorgung und bei Energiekosten schaffen

Mit den verabschiedeten Entlastungsmaßnahmen und den getroffenen Vorkehrungen für die Sicherung der Energieversorgung wurden wesentliche Schritte zur Schaffung von Planungssicherheit für die Forschungsorganisationen getan. Die Wissenschaft als Rückgrat des Forschungs- und Entwicklungsstandorts Deutschland kann den Blick nun wieder stärker auf die vor uns liegenden Möglichkeiten und Herausforderungen richten.

Die Helmholtz-Gemeinschaft begrüßt die für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf den Weg gebrachten und beschlossenen Maßnahmen, wie den Härtefallfonds in Höhe von 500 Mio.€. Wie in den vergangenen Wochen und Monaten deutlich wurde, stellen Energieversorgung und -preiserhöhungen Forschungseinrichtungen vor große Herausforderungen. Mit der Abschlagszahlung als „Soforthilfe“ im Dezember sowie der Gas-, Wärme- und Strompreisbremse im neuen Jahr ist aus Sicht der Helmholtz-Gemeinschaft mit Blick auf den Forschungsbetrieb für das kommende Jahr Planungssicherheit gegeben. Trotzdem sollte gesetzlich sichergestellt werden, dass neben Hochschulen auch sensible Bereiche der Forschungseinrichtungen im Falle eines Versorgungsengpasses als geschützte Kunden gelten. Denn nur durch kontinuierliche Versorgung und finanzielle Unterstützung kann sichergestellt werden, dass relevante und von Beschädigung oder Verlust bedrohte Forschungsarbeiten und -ergebnisse in allen Wissenschaftsgebieten und an allen Wissenschaftsinstitutionen gesichert, kritische Infrastrukturen geschützt und die Wissenschaftseinrichtungen – wo notwendig – entlastet werden.

Nachhaltigkeit als Chance: Kosten stabilisieren und Abhängigkeiten bei der Energieversorgung verringern

Langfristig kann Energiesparen vor allem durch nachhaltiges Bauen und energetisches Sanieren vorangetrieben werden. Die Helmholtz-Gemeinschaft hat aus dem Pakt IV bis 2025 70 Mio.€ explizit dem energetischen Umbau und der klimagerechten Sanierung der Zentren gewidmet. Diese Mittel werden zusätzlich zu den 60 Mio.€ eingesetzt, die von den Zentren jährlich im Sinne der Sanierungsaufgabe aufgewendet werden. Geplant ist bspw. die Umstellung der Campus-Stromversorgung auf erneuerbare Energien, die Abwärmenutzung von Forschungsinfrastrukturen (Beschleuniger, Supercomputer etc.) und die thermische Isolierung von Bürogebäuden. Durch die Förderlinie sind langfristig jährliche Einsparungen in zweistelliger Millionenhöhe möglich. Die Abhängigkeit von externen Energiequellen wird durch diese Initiative verringert.

Um den energetischen Umbau der Campus nachhaltig anzugehen, wird die Gemeinschaft ein Büro und ein Kompetenznetzwerk für klimagerechtes Bauen einrichten. So sollen neue Erkenntnisse auf diesem Gebiet sowie die Expertise unserer Fachleute in der Gemeinschaft an allen Helmholtz-Standorten gleichermaßen wirken können.

Die von der Gemeinschaft eingesetzten Mittel werden jedoch nicht ausreichen, um den energetischen Umbau im ausreichenden Maße voranzutreiben. Eine zusätzliche Unterstützung der Bundesregierung beim energetischen Bauen und damit der nachhaltigen Sicherung unserer Forschungsinfrastruktur wäre deshalb wünschenswert. Sie würde auch Impulse für das nachhaltige Baugewerbe insgesamt setzen.

Personelle und betriebliche Zukunftsfähigkeit sichern: Abstimmung mit Blick auf Tarifsteigerungen und die Novellierung des WissZeitVG

Auch wenn die steigenden Energiekosten eine enorme finanzielle Belastung für die Forschungsorganisationen darstellen, werden im wissenschaftlichen Betrieb die meisten Ressourcen für die Deckung der Personalkosten aufgewandt. Konnten höhere Tarifabschlüsse der Vergangenheit durch Einsparmaßnahmen im Bereich der Sachkosten teilweise aufgefangen werden, wird dies mit Blick auf die aktuelle Inflationsrate nicht möglich sein. Allein die Helmholtz-Gemeinschaft wendet nur für das grundfinanzierte Personal 1,5 Mrd. € jährlich auf. Ein entsprechend hoher Tarifabschluss führt zwangsläufig zum Personalabbau, ist die Weitergabe von Kostensteigerungen für die Forschungsorganisationen doch nicht möglich. Mit Blick auf die anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sollte klug abgewogen werden, wo bereits durch die allgemeinen Entlastungsmaßnahmen Kompensationen geschaffen wurden und wo ein Tarifabschluss zusätzlichen Ausgleich für die Beschäftigten schaffen kann. Dabei muss ein Szenario entwickelt werden, in dem ein akuter Abbau von Personal zur Sicherung der kurzfristigen finanziellen Stabilität in den Forschungsorganisationen vermieden wird. Einsparmaßnahmen beim Personal würden zwangsläufig insbesondere den Bereich der Nachwuchswissenschaftler:innen treffen. Sollten sich aus den bereitgestellten Mitteln für den Energiefallfonds Spielräume ergeben, so könnten - insbesondere für die Gruppe der Nachwuchswissenschaftler:innen Mittel in den Personalbereich fließen.

Die Überlegungen sollten jedoch nicht losgelöst von anderen ganz wesentlichen Prozessen in diesem Bereich erfolgen. Auch ein novelliertes WissZeitVG muss den Besonderheiten der wissenschaftlichen Arbeitswelt Rechnung tragen. Gegenüber dem allgemeinen Arbeitsrecht sollte das WissZeitVG spezielle Regelungen für Befristungen vorsehen, die insbesondere in der Phase der Qualifizierung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler befristete Arbeitsverhältnisse als sinnvoll und notwendig zulassen. Nur so kann der Zugang für nachrückende Generationen dauerhaft ermöglicht, die Dynamik des Wissenschaftssystems aufrechterhalten sowie die gebotene Durchlässigkeit zwischen den Systemen verbessert werden. Das gilt gerade unter Rahmenbedingungen mit einem erhöhten Kostendruck auf die Personalbudgets, da ansonsten die berufliche Sicherheit der betriebsangehörigen Forschenden mit einem Wegfall von Qualifizierungschancen für die nachfolgenden Wissenschaftler:innen erkauft wird. Die Helmholtz-Gemeinschaft setzt in diesem Kontext schon seit vielen Jahren auf die gezielte Per-

sonalentwicklung ihrer Nachwuchsforschenden in einer verantwortungsbewusst ausgestalteten Qualifizierungsphase, um ihnen sowohl innerhalb als auch außerhalb der akademischen Welt attraktive Berufswege im Anschluss zu eröffnen.

Es muss das Potential an den Schnittstellen gehoben werden:

Mit dem Helmholtz-Inkubator Information & Data Science ist es in den vergangenen Jahren gelungen, in der Gemeinschaft Kompetenzen in den Datenwissenschaften noch besser zu nutzen und vor allem interdisziplinär über Zentrums-, Programm und Forschungsbereichsgrenzen auf diesem wichtigen Gebiet zusammenzuarbeiten. Die Gemeinschaft prüft regelmäßig wo weitere Potentiale auf wichtigen Forschungsgebieten durch eine neuartige Zusammenarbeit erschlossen werden könnten.

Ein weiteres Beispiel für eine zentrenübergreifende Initiative ist die Helmholtz-Klima-Initiative, die 2019 gegründet wurde und an der alle sechs Forschungsbereiche und bislang 15 Zentren beteiligt sind. Die Klima-Initiative besteht aus den drei Clustern Mitigation, Adaptation und Communication. Diese Initiative fungiert auch als Ansprechpartner für die Helmholtz-Klimaforschung, kommuniziert mit politisch relevanten Stakeholdern und platziert Expert:innen aus den Zentren und Projekten im politischen Raum.

Die Helmholtz-Gemeinschaft verwendet aus dem Pakt IV bis 2025 zusätzliche 40 Mio.€ für die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Auf drei „Innovationsplattformen“ skalieren wir die Produktion neuartiger Photovoltaik-Technologien, treiben mit Marktführern aus Halbleiter- oder Pharmaindustrie die beschleunigerbasierte Materialcharakterisierung voran, und entwickeln gemeinsam mit KMUs innovative Sensortechnologien zur Beobachtung von Meeren und Klima.

Es wäre wünschenswert, wenn zukünftig große Herausforderungen auf Schlüsselgebieten durch eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Forschungsorganisationen und durch neue Formen der Interaktion zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft angegangen werden. Dies betrifft Themen wie eine grundlegende Energiewende, Klima und Nachhaltigkeit, Digitale Transformation, Gesundheit oder Forschungsinfrastrukturen. Besonders vordringlich erscheint eine derartige nationale Initiative für einen innovativen und nachhaltigen Umbau unserer Energiesysteme.